Die neue Lissabon-Strategie in der erweiterten Europäischen Union

Martin Große Hüttmann, Tim-C. Bartsch und Jane Õispuu

Dr. Martin Große Hüttmann, Universität Tübingen, Institut für Politikwissenschaft

Tim-C. Bartsch, Universität Tübingen, Institut für Politikwissenschaft

Jane Õsipuu M.A., Universität Tübingen, Institut für Politikwissenschaft

Auf dem Gipfeltreffen der europäischen Staats- und Regierungschefs in Lissabon im Frühjahr 2000 wurde vereinbart, die Europäische Union der damals noch 15 Mitgliedstaaten „zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt" zu machen. Dieses sehr ehrgeizige Ziel würde jedoch nur dann zu erreichen sein, wenn die Mitgliedstaaten selbst die Bedingungen für diesen Aufholprozess schaffen würden. Wie die Zwischenbilanz fünf Jahre später zeigt – inzwischen hat die EU zehn Staaten mehr – liegt ausgerechnet hier die Schwachstelle des Lissabon-Konzeptes. Der Beitrag zeigt Ziele und Instrumente des Lissabon-Prozesses auf, und diskutiert, ob und inwieweit die nun vergrößerte EU die Lissabon-Agenda bislang abarbeiten konnte.

1. Einleitung

Als sich die europäischen Staats- und Regierungschefs im Frühjahr 2000 in Lissabon zu einem Gipfeltreffen versammelten, planten sie das ökonomische „Comeback Europas"[1]. Die Aussichten schienen damals gut, die wirtschaftlichen Konkurrenten USA und Japan innerhalb eines Jahrzehnts einzuholen. Der McKinsey-Chef in Deutschland, Jürgen Kluge, sah schon ein „europäisches Jahrzehnt" heraufziehen –, „wenn wir uns wirklich anstrengen".[2] In Lissabon wurde vereinbart, die Europäische Union der damals noch 15 Mitgliedstaaten „zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen – zu einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen"[3]. Dieses sehr ehrgeizige Ziel war jedoch nur dann zu erreichen, wenn die Mitgliedstaaten selbst die Bedingungen für diesen Aufholprozess schaffen würden; Strukturreformen (z.B. die „Agenda 2010") müssen, da sind sich alle Beobachter einig, auf nationaler Ebene angepackt und umgesetzt werden. Wie die Zwischenbilanz der Lissabon-Strategie fünf Jahre später zeigt – inzwischen hatte sich die EU um zehn neue Staaten erweitert – liegt ausgerechnet hier die Schwachstelle des Lissabon-

Gesellschaft – Wirtschaft – Politik (GWP) 1/2006, S. 73-82

Konzeptes. Im Folgenden wollen wir die Ziele und Instrumente des Lissabon-Prozesses darstellen, und dabei der Frage nachgehen, welche Reformen speziell auf dem Gebiet der Bildung zu beobachten sind und diskutieren, ob und inwieweit die nun vergrößerte EU die Lissabon-Agenda bislang erfolgreich abarbeiten konnte.

2. Der Gipfel von Lissabon: Ziele und Instrumente

Der Kommissionspräsident Delors gilt als einer der Väter der in Lissabon im März 2000 beschlossenen neuen Methode der Koordinierung. In seinem 1993 vorgelegten Weißbuch „Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung" hatte die EU-Kommission aus der Not – die EU besaß zu dem Zeitpunkt keine Kompetenzen auf dem Gebiet der Beschäftigungspolitik – eine Tugend gemacht und eine neue Form der politischen Steuerung entwickelt. Das Delors-Weißbuch sollte – ganz im Unterschied zum Binnenmarktweißbuch von 1985 – nicht als „Quelle von Verpflichtungen [oder als] legislatives Programm, und schon gar nicht [als] Plädoyer für mehr EU-Kompetenzen" verstanden werden, sondern vielmehr als „moralische Verpflichtung"[4], die die Mitgliedstaaten an ihre Aufgaben und ihre Verantwortung zum Abbau der Arbeitslosigkeit erinnern sollte. In den Folgejahren wurde auf verschiedenen Europäischen Gipfeltreffen nach und nach das Instrument entwickelt, das seit dem Gipfel von Lissabon als „offene Methode der Koordinierung" in den Sprachgebrauch der EU eingegangen ist. Im Mittelpunkt der Methode stehen folgende Instrumente und Prinzipien:

offene Methode der Koordinierung

- die „Festlegung von Leitlinien für die Union mit einem jeweils genauen Zeitplan für die Verwirklichung der von ihnen gesetzten kurz-, mittel- und langfristigen Ziele;
- gegebenenfalls Festlegung quantitativer und qualitativer Indikatoren und Benchmarks im Vergleich zu den Besten der Welt, die auf die in den einzelnen Mitgliedstaaten und Bereichen bestehenden Bedürfnisse zugeschnitten sind, als Mittel für den Vergleich der bewährten Praktiken;
- Umsetzung dieser europäischen Leitlinien in die nationale und regionale Politik durch die Entwicklung konkreter Ziele und Erlass entsprechender Maßnahmen unter Berücksichtigung der nationalen und regionalen Unterschiede;
- regelmäßige Überwachung, Bewertung und gegenseitige Prüfung im Rahmen eines Prozesses, bei dem alle Seiten voneinander lernen".[5]

Damit war eine neue europapolitische „Zauberformel" gefunden worden (Wessels 2003: 16); denn sie bietet einen ‚dritten Weg' zwischen der Vergemeinschaftung, also der kompletten Übertragung von Kompetenzen auf die EU-Ebene einerseits und der rein intergouvernementalen, also auf die Regierungsebenen beschränkten Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten. Diese neue EU-Methode greift einen betriebswirtschaftlichen und auch verwaltungspolitischen Trend auf, wonach die Erfüllung von Zielvereinbarungen an Messkriterien und Indikatoren abgelesen und damit „gemessen" wird. So genannte „best

practices“, die sich im Wettbewerb der Lösungsversuche herausbilden, dienen dazu, die Kriterien und Kennzahlen zu verfeinern und neue Ziele und „benchmarks“ zu setzen (vgl. Sommermann/Ziekow 2002). Aus Sicht der Europäischen Union ist die Methode der offenen Koordinierung vor allem deshalb von politischem Reiz, weil sie die „Souveränitätskosten“, also die Kosten, die bei der Übertragung von Kompetenzen auf die EU-Ebene entstehen, möglichst gering hält – die neue Koordinierungsmethode setzt auf Überzeugung und freiwillige Anpassung (Linsenmann/Meyer 2002: 290) und auf neue Wege der Produktion und länderübergreifenden Verbreitung von Wissen („policy learning“) und Problemlösungen (Radaelli 2003). Eine ganze Liste von quantitativen und qualitativen Zielen hat die EU aufgestellt: Dazu gehören u.a. eine durchschnittliche wirtschaftliche Wachstumsrate von drei Prozent pro Jahr, die Erhöhung der Beschäftigungsquote, Internetzugang für Schulen, die Schaffung eines europäischen Forschungs- und Investitionsraumes, eine Deregulierung und Modernisierung der Sozialsysteme sowie die Haushaltskonsolidierung und eine Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen (vgl. Becker/Hishow 2005: 9).

3. Die Bedeutung der Bildungspolitik in der Lissabon-Strategie

Eines der zentralen Themen der Lissabon-Strategie ist die Bildungspolitik. Ein Blick hierauf ist in zweierlei Hinsicht interessant: Erstens nimmt die Lissabon-Strategie bildungspolitische Aspekte immer wieder und an zentralen Stellen, zum Beispiel in der Zieldefinition, auf. Zweitens zeigt die Bildungspolitik beispielhaft, wie eine erfolgreiche europäische Kooperation gestaltet sein kann. Denn im Gegensatz zu vielen anderen Bereichen der Lissabon-Agenda, deren Bilanz eher negativ ausfällt, sind im Bildungsbereich erste Reformerfolge zu verzeichnen.

Die Gemeinschaft der europäischen Staaten sieht als aktuelle und kommende Herausforderungen neben der Globalisierung auch die *wissensbasierte* Wirtschaft. Als Antwort darauf schlagen die EU-Staaten ein „ambitioniertes Programm für den Aufbau von Wissensinfrastrukturen, die Förderung von Innovation“[6] sowie die Modernisierung der Bildungssysteme in den Mitgliedsländern vor. Die übergeordnete Zielsetzung unterstreicht diese Marschrichtung: Die Union soll bis 2010 „zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten *wissensbasierten* Wirtschaftsraum der Welt“ werden. Wissen, sein Erwerb und der innovative Umgang damit sind zentrale Bausteine der Lissabon-Strategie. Die Bildungspolitik ist, neben der Forschungspolitik, die staatliche Einflussmöglichkeit auf den Faktor Wissen und wird damit zu einem der wichtigsten Schlüssel für die Zukunft Europas. Die Lissabon-Strategie fordert die Mitgliedstaaten der EU beispielsweise auf, eine jährliche substantielle Steigerung der Humankapitalinvestitionen pro Kopf, eine verstärkte Berücksichtigung des Themas „Lebenslangen Lernen“ und eine Halbierung der Zahl der 18- bis 24-Jährigen, die keine weiterführende Schul- oder Berufsausbildung besitzen, bis zum Jahr 2010 umzusetzen.[7]

Die Gemeinschaft sieht als aktuelle und kommende Herausforderungen auch die wissensbasierte Wirtschaft

Trotz einiger beispielhafter Erfolge muss, wie für die Lissabon-Strategie insgesamt, auch in der Bildungspolitik eine gemischte Halbzeitbilanz gezogen werden: Der Anteil der Jugendlichen mit einem Abschluss der Sekundarstufe II sollte von 76% im Jahr 2000 auf 85% im Jahr 2010 erhöht werden. Bis 2004 konnte der Anteil lediglich auf 77% gesteigert werden und eine gravierende Verbesserung ist zurzeit nicht in Sicht (EU-Nachrichten 2005: 8f.). Trotzdem gibt es durchaus beachtliche Fortschritte in einzelnen Bereichen. Vor allem in der Hochschulpolitik, in der Bildungs- und Forschungspolitik sind z.T. enorme Reformanstrengungen von den Mitgliedstaaten und der EU unternommen worden. So gibt es grundlegende Strukturreformen,[8] um Europa attraktiver für ausländische Studenten und Wissenschaftler zu machen, die gegenseitige Anerkennung von Studienleistungen wurde verbessert, die europaweite Mobilität von Studenten, Lehrenden und Forschern wurde erleichtert und Maßnahmen zur Qualitätssicherung der Hochschulausbildung konnten umgesetzt werden. Diese Erfolge fußen auf zwei Säulen: Zum einen wurden die EU-Programme im Bereich der Mobilitätsförderung und der allgemeinen und beruflichen Bildung (COMENIUS, ERASMUS, LEONARDO, GRUNDTVIG[9]) fortgeschrieben, weiterentwickelt und auf die Lissabon-Strategie ausgerichtet (vgl. Europäische Kommission 2004: 156). Ein weiteres Beispiel ist die Förderung einer verstärkten europäischen Zusammenarbeit bei der beruflichen Bildung, die 2002 als „Kopenhagen-Prozess“ vom Europäischen Rat angestoßen wurde. Zum anderen erfuhren die Reformbemühungen aber einen enormen Schub durch eine Entwicklung, die *außerhalb* der EU-Institutionen angesiedelt ist, nämlich den so genannten „Bologna-Prozess“. Im Jahr 1999 verständigten sich 29 Bildungsminister europäischer Staaten in Bologna darauf, gemeinsame Anstrengungen zu unternehmen, um bis 2010 einen gemeinsamen „Europäischen Hochschulraum“ zu schaffen. Dieser parallel zur Lissabon-Strategie verlaufende Prozess umfasst inzwischen 45 Staaten (neben sämtlichen EU-Mitgliedstaaten gehören u.a. auch Kroatien, Georgien, Aserbaidschan dazu). Der Bologna-Prozess hat durch die freiwillige Kooperation der Partner, durch die gemeinsame Zielsetzung und die Selbstverpflichtung zur Umsetzung der Reformen dazu beigetragen, dass z.B. in den Bereichen Studienstruktur, Qualitätssicherung und Anerkennung von Studienabschlüssen zur Halbzeit 2005 deutlich mehr Erfolge zu vermelden sind als auf dem Gebiet der Lissabon-Agenda.

Begünstig werden die Bologna-Erfolge durch besondere Umstände: In dem relativ eng begrenzten Feld der Hochschulpolitik gibt es nicht so große inhaltliche Differenzen wie beispielsweise in der Sozial- oder Steuerpolitik. Es herrscht relativ breiter Konsens über die Probleme, die Ziele und die notwendigen Reformschritte; hinzu kommt, dass den Bologna-Staaten bei der Umsetzung ein großzügiger Umsetzungsspielraum gewährt wird. Zudem sind besonders in den Bereichen Erfolge zu verzeichnen, die kaum Kosten verursachen, wie etwa die wechselseitige Anerkennung von Abschlüssen oder Richtlinien für Qualitätssicherung (Bartsch 2005).

4. Eine ernüchternde Halbzeitbilanz nach fünf Jahren

Für das Frühjahr 2005 stand eine Halbzeitbilanz des Lissabon-Prozesses auf dem Programm: Das bislang Erreichte blieb weit hinter den ehrgeizigen Zielen zurück. Die Experten waren sich einig, dass die im Jahr 2000 formulierten strategischen Ziele in ihrer ursprünglichen Form und Breite „nicht mehr zu erreichen“ seien (Becker/Hishow 2005: 1). Die Idee von Lissabon, einen „Gesamtprozeß von sich gegenseitig verstärkenden Einzelreformen auf dem Arbeits-, Finanz-, Produkt- und Diensleistungsmärkten der EU anzustoßen“ (Bekker/Hishow 2005: 2), war nicht aufgegangen. Die Europäische Kommission und eine unter Führung des ehemaligen niederländischen Regierungschefs Wim Kok eingesetzte Expertengruppe listete in ihrem im November 2004 vorgelegten Bericht schonungslos die Versäumnisse auf. Es wurde zwar auch darauf aufmerksam gemacht, dass externe Einflüsse wie das Platzen der New Economy-Blase die Umsetzung der Lissabon-Ziele erschwert hätten, aber vor allem sei es den zum Teil sehr zögerlichen Reformen in den großen Mitgliedstaaten zu verdanken, dass die Herausforderungen des Wettbewerbs mit Nordamerika und Asien heute größer denn je seien. Eine Konzentration und Fokussierung der Maßnahmen vor allem in folgenden Bereichen, so der Kok-Bericht, sei daher dringend notwendig:

- Verwirklichung der Wissensgesellschaft in der Europäischen Union;
- Umsetzung der Maßnahmen zur Umsetzung des Binnenmarktes (z.B. Dienstleistungsfreiheit);
- ein günstiges Klima für Unternehmer (z.B. bessere Bedingungen für kleinere und mittlere Unternehmen);
- Erhöhung der Beschäftigungsquote und Anpassung des europäischen Sozialmodells zur Stärkung der sozialen Integration und schließlich
- Kooperation auf dem Gebiet der Ökologie für eine nachhaltige Zukunft.

Der Frühjahrsgipfel 2005, der die Evaluationsberichte der Kommission und der Kok-Gruppe zu beraten hatte, schloss sich teilweise den vorgelegten Reformvorschlägen an. Eine wichtige Neuerung, auf die sich die Staats- und Regierungschefs verständigt haben, betrifft etwa auch die Verfahren der Berichterstattung und Prüfung der Umsetzung der Lissabon-Ziele. Am Beginn eines neuen „Drei-Jahres-Zyklus“ soll nun ein Bericht der Europäischen Kommission stehen, in dem die Brüsseler Behörde Maßnahmen und Reformen zur Umsetzung der Lissabon-Agenda vorschlägt; dieser Bericht soll von den europäischen Fachministern und dann von den Staats- und Regierungschefs auf einem Gipfeltreffen beraten und in politische Zielvorgaben umgesetzt werden, die wiederum zu „integrierten Leitlinien“ entwickelt werden sollen. Auf der Grundlage dieser Leitlinien werden dann die Mitgliedstaaten ein nationales Programm beschließen, dessen Umsetzung ein nationaler „Lissabon-Koordinator“ überwachen soll. Der Vorteil dieses neuen Verfahrens ist, dass die Mitgliedstaaten künftig nur noch einen nationalen Bericht in Brüssel vorlegen müssen – im Vergleich zum bisherigen, sehr viel auf-

Alle drei Jahre ein Bericht der Europäischen Kommission mit Maßnahmen und Reformen zur Umsetzung der Lissabon-Agenda

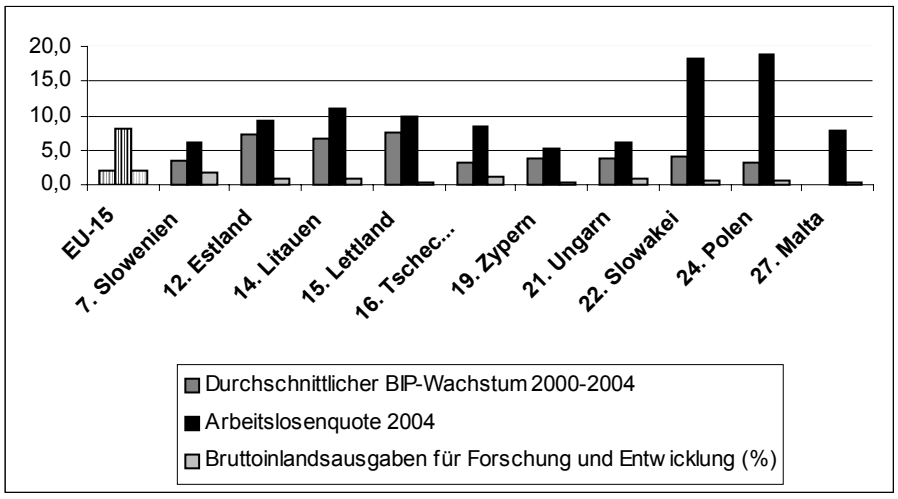
wändigeren Verfahren ein wichtiger Schritt zum Abbau von Bürokratie (Metz 2005). Diese ‚verschlankte' und auf wenige Ziele konzentrierte Lissabon-Strategie könnte durch die stärkere Einbindung mitgliedstaatlicher Gruppen wie Parlamente, Parteien und Verbände dazu beitragen, dass das Thema „Lissabon" breiter als bislang in den nationalen Öffentlichkeiten diskutiert wird und von den Wirtschaftsseiten der Tageszeitungen auf die vorderen Seiten der politischen Berichterstattung vorrückt. Es bleibt jedoch das grundlegende Dilemma, dass die Mitgliedstaaten der EU jeweils unterschiedliche Lesarten der Lissabon-Agenda erkennen lassen und unterschiedliche Prioritäten setzen – trotz der Versuche, hier eine Angleichung zu erreichen. Der Regierungschef von Luxemburg, Jean-Claude Juncker, brachte es im Vorfeld des Frühjahrsgipfels von 2005 so auf den Punkt: „Nun gibt es aber eine Reihe von Regierungen, für die bei der Neuausrichtung der Lissabon-Strategie lediglich Wirtschaftswachstum und Wettbewerbsfähigkeit von Belang ist, und welche die Zielsetzungen der sozialen Kohäsion und des Umweltschutzes für romantische Hinweise halten".[10] Durch die Mitgliedschaft von zehn neuen Staaten in der EU ist dieses Problem nicht kleiner geworden.

Nun gibt es aber eine Reihe von Regierungen, für die lediglich Wirtschaftswachstum und Wettbewerbsfähikgkeit von Belang ist, und welche die Zielsetzungen der sozialen Kohäsion und des Umweltschutzes für romantische Hinweise halten

5. Die Lissabon-Strategie und ihre Umsetzung in den „neuen" Mitgliedstaaten

Der Beitritt der mittel- und osteuropäischen Länder (MOEL) hat den Reformdruck in der EU erhöht und stellt auch für den Lissabon-Prozess zusätzliche Herausforderungen dar: So wurde etwa der Durchschnitt einiger Zielquoten der Lissabon-Strategie deutlich nach unten gedrückt. Zugleich eröffnet die im Mai 2004 erfolgte Aufnahme von zehn Staaten auch Chancen, denn die „Neuen" zeichnen sich durch eine große Reformbereitschaft und eine enorme wirtschaftliche Dynamik aus. So sprach der frühere schwedische Premierminister Carl Bildt sogar von einem – nach den Hauptstädten Estlands und der Slowakei benannten – „Tallinn-Bratislava-Prozess", der an die Stelle des Lissabon-Prozesses trete (Bildt 2005). Angesichts des noch andauernden Transformationsprozesses kommt jedoch die Teilnahme am Lissabon-Prozess für die neuen Mitgliedstaaten in mancher Hinsicht zu früh; sie setzen deshalb auch andere Prioritäten als es die EU-15 in „ihrer" Lissabon-Agenda im Jahr 2000 beschlossen hatte. Zu diesem Zeitpunkt waren die MOE-Länder noch mit dem Beitrittsziel und dem damit verbundenen Anpassungs- und internen Reformprozess beschäftigt. Ausgerechnet zu dem Zeitpunkt dann, als der erste Elan der Altmitglieder verflogen war und die EU sich eingestehen musste, dass die ehrgeizigen Ziele aus dem Jahr 2000 zu hoch gesteckt waren, traten die mittel- und osteuropäischen Reformstaaten der EU und damit auch dem Lissabon-Prozess bei. Das Image, „Lissabon" sei vor allem ein vager und sich auf schöne Worte gründender Reformansatz von eigentlich reformunwilligen und –unfähigen Volkswirtschaften im alten Europa, haftet dem Prozess bis heute an. Hinzu kommt, dass

die Neumitglieder ein anderes wirtschaftspolitisches Grundverständnis mitbringen: Sie sind an rigorose und in kurzer Zeit umgesetzte Reformprozesse gewöhnt, favorisieren das Modell einer voll auf Wettbewerb ausgerichteten Ökonomie und halten wenig von einem in zahlreichen westeuropäischen Staaten hochgehaltenen „europäischen Sozialmodell", das als zu links oder auch als Luxusprojekt gilt.[11] Die neuen Mitgliedstaaten sind es seit den turbulenten Reformjahren gewohnt, eindeutige Prioritäten zu setzen – und dabei standen die öffentlichen Ausgaben für Verwaltung, Sozialpolitik und Gesundheit auf der Prioritätenliste ganz weit unten. Darüber hinaus ist zu bedenken, dass der Lissabon-Prozess für die neuen Mitgliedstaaten insgesamt eine höhere Hürde darstellt, da sie nicht nur den ‚normalen' wirtschaftlichen Aufholprozess durchlaufen, sondern fast gleichzeitig eine mit „Lissabon" vorgegebene Umorientierung in Richtung einer Wissensgesellschaft zu bewerkstelligen haben. Dies führt dazu, dass die MOE-Länder dem Wettbewerbs-Kapitel der Lissabon-Agenda den höchsten Stellenwert einräumen, anderen Aufgaben wie Umweltschutz und den sozialen Zusammenhalt eine deutlich untergeordnete Rolle zuweisen. So findet etwa im estnischen Strategiepapier für den Zeitraum 2005-2007 die Sozialpolitik gar keine und die Umweltpolitik nur am Rande Erwähnung.[12] Auch die meisten anderen MOE-Staaten konzentrieren sich vor allem auf die ökonomischen und beschäftigungspolitischen Ziele. Im Vergleich dazu werden in der nationalen Strategie Deutschlands alle Lissabon-Ziele aufgeführt.[13] Die als großer Vorteil gelobte Flexibilität des Lissabon-Ansatzes führt also auch zu unbeabsichtigten, aber in der Logik des Ansatzes liegenden, negativen Folgen; kritisiert wird, dass die neuen Mitgliedstaaten zwar den Lissabon-Zielen in der Theorie zustimmen, sich in der Praxis jedoch stark am Sozialmodell der USA orientieren.



Grafik:Ausgewählte wirtschaftliche Indikatoren der neuen Mitgliedstaaten und ihre Plätze in der Lissabon-Rangliste. Quellen: CER, Eurostat

Insgesamt fällt die aktuelle Lissabon-Bilanz der neuen EU-Staaten gemischt aus. In der Lissabon-Rangliste 2005 des angesehenen Instituts *Centre for European Reform* (CER) nimmt Slowenien mit Platz Sieben im Kreis der 25 EU-Staaten

den höchsten Platz ein, Polen und Malta bilden die Schlusslichter (vgl. Grafik). In einzelnen Bereichen zeigen die Neumitglieder jedoch bessere Leistungen als die alten EU-Staaten: So sind Slowenien, die Tschechische Republik und Estland dabei, die EU-15 auf dem Feld der neuen Technologien zu überholen. In Estland zum Beispiel nutzen schon 61 Prozent der Bevölkerung elektronische Behördenangebote („E-Government"), während der EU-Durchschnitt erst bei 21 Prozent liegt; im Jahr 2005 fanden in Estland die ersten Wahlen auf elektronischem Wege statt („E-Voting").[14] Problematisch sind bei den neuen EU-Staaten die niedrigen und sogar rückläufigen Investitionen im Bereich von Forschung und Entwicklung; mehrere Staaten geben hier weniger als ein Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) aus (Lissabon-Ziel: drei Prozent des BIP). Als ein zweites großes, vor allem soziales Problem sind die hohen Arbeitslosenquoten, vor allem in Polen und in der Slowakei, zu werten.

6. Schlussfolgerungen

Die wirtschaftliche Leistungsbilanz der neuen Mitgliedstaaten scheint die These zu widerlegen, dass die Osterweiterung der EU dafür verantwortlich ist, dass die Umsetzung der Lissabon-Agenda nur schleppend vorangekommen ist. Der Kok-Bericht weist ausdrücklich darauf hin, dass die MOE-Länder eine Wachstumsdynamik ausstrahlen, die dem Lissabon-Prozess zugute kommen könnte. Die eigentliche Herausforderung liegt aber auf einem anderen Feld. Während die alten wie die neuen Mitgliedstaaten mit denselben Problemen wie etwa der problematischen demographischen Entwicklung und dem wachsenden internationalen Wettbewerbsdruck konfrontiert sind, fallen die nationalen Antworten darauf zum Teil (noch) ganz unterschiedlich aus. Für die (großen) Altmitglieder verkörpert „Lissabon" auch ein spezifisches, europäisches Sozialmodell und eine Art von „European Way of Living", die neuen Mitgliedstaaten sehen darin vor allem Hilfsmaßnahmen zur Stärkung des Wachstums und der Beschäftigung. Die gleichzeitig als notwendig erachteten Investitionen in die Zukunft und in die soziale Sicherheit der Bürger spielen im Vergleich dazu eine absolut untergeordnete Rolle. Eine Annäherung an den EU-Durschnitt und damit verbunden eine „Europäisierung" der neuen Mitgliedstaaten ist bislang kaum zu beobachten – auch bei den alten EU-Staaten gibt es hier freilich keine einheitliche Position in Bezug auf die Lissabon-Agenda. Hier besteht jedoch – unabhängig von wirtschaftspolitischen Grundüberzeugungen – für die neuen Staaten eine wichtige Aufgabe, den Nachholprozess auf den Feldern von Gesundheit, Bildung und öffentlicher Verwaltung zu forcieren. Es bleibt jedoch eine politisch offene Frage, in welche Richtung das gesamteuropäische Wirtschaftsmodell einer EU-25 sich bewegen wird. Deutlich geworden ist jedoch in den letzten Jahren der Lissabon-Debatte, dass es in erster Linie an den Mitgliedstaaten liegt, die notwendigen strukturellen Reformen der Arbeitsmärkte und der Sozialsysteme vorzunehmen, die EU und die Kommission in Brüssel können hier immer nur auf die Defizite hinweisen und mit sanftem

Es bleibt jedoch eine politisch offene Frage, in welche Richtung sich das gesamteuropäische Wirtschaftsmodell einer EU-25 bewegen wird

Druck die Reformen in den EU-Staaten unterstützen – mit ersten Erfolgen, auch in Deutschland (Allianz Group 2005). Bei aller Kritik und Skepsis, die das „europäische Sozialmodell" in Großbritannien und auch bei den neuen Mitgliedstaaten erfährt, hat sich jedoch langsam die Einsicht verbreitet, dass ein ungebremster Kapitalismus langfristig gesehen hohe soziale Kosten produziert, die weder die einzelnen Staaten noch die EU werden tragen können. Vielmehr könnte eine verstärkte öffentliche Debatte um die Lissabon-Agenda zu der Erkenntnis beitragen, dass eine neue und den Herausforderungen angepasste Form der historisch gewachsenen Sozialstaaten (Espin-Anderson 1990) einen wichtigen ökonomischen Faktor und auch ein Merkmal für die „Modernität von Demokratien" (Hofmann 2005: 147) darstellt. Diese Debatte aus den nationalstaatlichen Grenzen auf die europäische Ebene geführt zu haben, ist ein nicht zu unterschätzender Beitrag des Lissabon-Prozesses zur „Europäisierung" der nationalen Reformen.

Anmerkungen

1 DER SPIEGEL, Nr. 22/2000, S. 110.
2 Zitiert nach DER SPIEGEL, Nr. 22/2000, S. 114.
3 Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Europäischer Rat (Lissabon), 23. und 24. März 2000, S. 2.
4 Zitiert nach Bauer/Knöll (2003).
5 Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Europäischer Rat (Lissabon), 23. und 24. März 2000, S. 13.
6 Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Europäischer Rat (Lissabon), 23. und 24. März 2000, S. 1.
7 Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Europäischer Rat (Lissabon), 23. und 24. März 2000, S. 10f.
8 Hier ist vor allem die flächendeckende, aber noch nicht abgeschlossene Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen in den europäischen Staaten zu nennen.
9 Die vier bildungspolitischen Hauptprogramme der EU widmen sich unterschiedlichen Schwerpunkten: COMENIUS fasst die Aktivitäten der Schulbildung zusammen, ERASMUS umfasst alle Formen der Hochschulbildung, LEONARDO DA VINCI die berufliche Aus- und Weiterbildung und GRUNDTVIG die Erwachsenenbildung.
10 Interview des luxemburgischen Ministerpräsidenten Jean-Claude Juncker mit dem „Tagblatt" am 21.03.2005.
11 Vgl. dazu allgemein Platzer (2003).
12 Vgl. „Action Plan for Growth and Jobs 2005-2007", 13.10.2005.
13 Vgl. „Nationales Reformprogramm Deutschland", 07.12.2005.
14 Vgl. dazu ausführlich Tallo (2006).

Literatur

Allianz Group (2005): Lissabon II – Chancen für Europa; Economic Research, Working Paper Nr. 35, März 2005.

Bartsch, Tim-C. (2005): Bologna als Testfall. Das Zusammenspiel von Europäisierung und Mehrebenenverflechtung außerhalb der Europäischen Union im Rahmen des „Bologna-Prozess", Tübingen (unveröff. Manuskript).

Bauer, Michael W./ Knöll, Rolf (2003): Die Methode der offenen Koordinierung: Zukunft europäischer Politikgestaltung oder schleichende Zentralisierung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) B 1-2/2003, 33-38.

Becker, Peter/Hishow, Ognian N. (2005): Der Lissabon-Prozeß zwischen Anspruch und Wirklichkeit; Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Aktuell 7, Februar 2005, Berlin.
Bildt, Carl (2005): Europe's newest members challenge the old, in: Financial Times, 01.03.2005.
Esping-Anderson, Gosta (1990): The Three Worlds of Welfare Capitalism, New Jersey.
EU-Nachrichten (2005): Themenheft Nr. 14: Wachstum und Innovation – Lissabon-Prozess, Bildung und Forschung, Berlin.
Europäische Kommission (2004): Die neue Generation von Programmen im Bereich Allgemeine und Berufliche Bildung nach 2006. KOM (2004) 156 (http://www.eu.int/eur-lex/de/com/cnc/2004/com2004_0156de01.pdf).
Hofmann, Gunter (2005): Familienbande. Die Politisierung Europa, München.
Kok-Bericht (2004): Die Herausforderung annehmen: Die Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung. Bericht der Hochrangigen Sachverständigengruppe unter Vorsitz von Wim Kok, Luxemburg (http://www.eu.int/growthandjobs/pdf/2004-1866-DE-complet.pdf).
Linsenmann, Ingo/Meyer, Christoph (2002): Dritter Weg, Übergang oder Teststrecke? Theoretische Konzeption und Praxis der offenen Politikkoordinierung, in: integration, Nr. 4, 285-296.
Metz, Almut (2005): Halbzeit in Brüssel. Eine Bilanz des Frühjahrsgipfels zur Lissabon-Strategie am 22./23. März 2005, Centrum für angewandte Politikforschung, München.
Platzer, Hans-Wolfgang (2003): EU-Mehrebenensystem und „Europäisches Sozialmodell", in: Chardon, Matthias/Göth, Ursula/Große Hüttmann, Martin/Probst-Dobler, Christine (Hrsg.): Regieren unter neuen Herausforderungen: Deutschland und Europa im 21. Jahrhundert. Festschrift für Rudolf Hrbek zum 65. Geburtstag, Baden-Baden, S. 221-236.
Radaelli, Claudio (2003): The Open Method of Coordination: A new governance architecture for the European Union?; Swedish Institute for European Policy Studies, Stockholm.
Sommermann, Karl-Peter/Ziekow, Jan (Hrsg.) (2002): Perspektiven der Verwaltungsforschung, Berlin.
Tallo, Ivar (2006): „Estland: ‚Internetisierung' als Modernisierungsstrategie", in: Rudolf Hrbek (Hrsg.), Die zehn neuen EU-Mitgliedstaaten – Spezifika und Profile, Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin, 11-22.
Wessels, Wolfgang (2003): (Open) Method of Self Coordination: New Modes of Governance as a typical step in the evolution of the EU-system?, Beitrag für den Arbeitskreis Politische Steuerung der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, Mainz, 25. 9. 2003.

Internet

<http://www.hrk-bologna.de/bologna/de/home/index.php>
Portal der Hochschulrektorenkonferenz zur Darstellung und Erklärung des Bologna-Prozesses mit umfangreicher Linkliste.

<http://www.bologna-bergen2005.no/>
Homepage des letzten Bologna-Ministertreffens.

<http://europa.eu.int/growthandjobs/index_de.htm>
Homepage der Europäischen Kommission zu Wachstum und Beschäftigung in der EU, inkl. der Nationalen Reformprogramme und Schlüsselstatistiken.

<http://www.euractiv.com/Article?tcmuri=tcm:31-103671-16&type=LinksDossier>
Policy-Portal mit umfangreicher, regelmäßig aktualisierter Dokumentation und Linkliste zu allen wichtigen Aspekten der Lissabon-Agenda.

<http://www.cer.org.uk/economics/index.html>
Homepage des Centre for European Reform (CER), inkl. Lissabon-Rangliste und Analysen zur Wirtschaftsreform der EU.